



Interviews

Datum: 28. August 2024

Interview mit Omid Nouripour, Co-Parteichef Bündnis 90/Die Grünen zu nach Solingen-Anschlag und Treffen Scholz/Merz – wird die ‚Übergangskoalition‘ noch wackliger? - Im Gespräch mit Silvia Engels

Silvia Engels: Am Telefon ist Omid Nouripour. Er ist einer von zwei Parteivorsitzenden der Grünen. – Guten Morgen, Herr Nouripour.

Omid Nouripour: Schönen guten Morgen, Frau Engels.

Engels: Friedrich Merz will dauerhaft Kontrollen und Zurückweisungen an den EU-Außengrenzen für irregulär zuwandernde Menschen, und wenn das EU-rechtlich nicht geht, dann eben an den deutschen Außengrenzen. Können Sie sich ein Szenario vorstellen, bei dem Sie einem solchen Vorstoß zustimmen würden?

Nouripour: Es gibt zurzeit sehr, sehr viele Vorschläge der Union und ich finde, man sollte alle diskutieren, wenn sie konkret genug sind. Sie haben gestern, nachdem wir mehrfach gefragt haben, wie sie sich dies oder jenes vorstellen, einen angeblichen konkreten Vorschlag auf den Tisch gelegt. Das ist auf der Webseite der Union nachzulesen. Ich habe das gelesen und habe, ehrlich gesagt, mehr Fragen als vorher.

Wenn ich jetzt mal ein Beispiel sagen darf? – Da steht, man muss mit den afghanischen Behörden verhandeln wegen Rückführungen. In Afghanistan gibt es keine Behörden; es gibt eine Taliban-Terrorherrschaft. Und wenn man jetzt annehmen würde, man würde mit dem talibanischen angeblichen Innenministerium reden – der Chef ist ein international gesuchter Terrorist. Auf den haben die Amerikaner ein Kopfgeld von zehn Millionen Dollar angesetzt. Meint die CDU das? Dann sollen sie das mal da hinschreiben.

Wir sind gesprächsbereit. Ich würde nur gerne ein bisschen besser verstehen, was die Union will. Gleichzeitig muss man aber auch sehen, dass eine Sache zu kurz greift. Wir müssen natürlich auch über die Frage der Migration sprechen und über die Frage von Rechtdurchsetzung bei Rückführungen. Aber wir haben doch eindeutig ein Problem bei der inneren Sicherheit und dort ist ja nicht nur das Einzige, was hilft, so zu tun, als könnte man den Kopf in den Sand stecken und die Leute weit weg und dann wäre es gut, sondern wir haben ein massives Radikalisierungsproblem, beispielsweise auch in der islamistischen Szene. Und das bedeutet, dass wir auch darüber reden müssen, wie wir dem begegnen. Das ist nicht eine Frage, was man außerhalb der Grenzen Deutschlands hat, sondern das ist eine Frage, wie

man hier die Sicherheitsarchitektur so modernisiert, dass die Polizei ihre Arbeit so machen kann, wie es braucht.

Engels: Da haben Sie jetzt schon einiges angesprochen, aber kommen wir darauf zu sprechen, weil Sie gerade mit Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan Ihre Probleme hatten, wie Friedrich Merz sich das offenbar vorstellt. Gestern deutete aber auch Bundeskanzler Scholz an, dass mit Syrien und Afghanistan offenbar gesprochen wird. Hören wir mal rein:

O-Ton Olaf Scholz: „Wir wollen die Rückführungen nach Afghanistan und Syrien ermöglichen, von schweren Straftätern vor allem, und daran arbeiten wir. Mehr will ich gar nicht sagen, weil das jetzt auch Vertrauensbruch wäre.“

Engels: Wissen Sie dazu Näheres? Sie sagen, da sind vorbestrafte Menschen, mit denen man in der Regierung nicht sprechen darf, Afghanistan und Syrien. Aber der Kanzler klingt ja anders.

Nouripour: Vor drei Monaten hat die Innenministerin angekündigt, dass sie prüft, wie man in diese beiden Länder, Syrien und Afghanistan, abschieben kann, und wir sind sehr gespannt, wie die Ergebnisse sind. Sie wird jetzt sehr bald irgendwann mal die Ergebnisse vorlegen und dann werden wir sie miteinander diskutieren.

Ich habe bisher noch nicht gesehen, wie es gehen soll, aber es gibt ja schlauere Leute als mich. Vielleicht haben die eine Idee und deshalb lassen wir doch mal die Vorschläge kommen und dann werden wir sie miteinander erörtern.

Gleichzeitig aber kann ich immer nur wiederholen: Wenn man ein islamistisches Terrorregime wie die Taliban anerkennt, wenn man mit ihnen Deals macht – und wir sehen ja, dass sie in jedem Gespräch vor allem Geld wollen mit anderen Staaten, die mit denen bereits im Gespräch sind, und das sind nicht die europäischen -, dass das nicht unbedingt ein Beitrag dazu ist, Islamismus zu bekämpfen. Wenn man islamistischen Terroristen Geld gibt, dann wird man das Problem nicht kleiner machen, sondern eher größer. Auch das sollten wir vielleicht auf dem Schirm haben und das werden wir mitdiskutieren, weil es, wenn es um die innere Sicherheit geht, einfach nicht die einfachen Lösungen gibt, die man würfelt, sondern das muss alles zusammenpassen.

Engels: Es muss zusammenpassen. Aber wir halten fest, dass Sie mögliche Erwägungen in der SPD, nach Syrien und nach Afghanistan abzuschieben, wenn man dafür mit den dort herrschenden Kräften sprechen muss, ablehnen?

Nouripour: Ich will einfach noch mal verstehen, wie sie es sich vorstellen, wenn es immer wieder heißt, es braucht technische Gespräche. Dann würde ich gerne verstehen, was das bedeutet, und da ist bisher alles nichts Konkretes und da die Innenminister jetzt daran arbeitet, uns darzustellen, wie der genaue Vorschlag geht, habe ich gar nichts abgelehnt. Aber ich habe auch nicht gesagt, dass ich irgendwas richtig finde, weil ich nicht weiß, wie das konkret gehen soll.

Es muss funktionieren. Wir sollten nicht mit Überschriften in die Diskussion gehen, wo wir am Ende die Leute enttäuschen. Die Leute wollen Lösungen, die Lösungen müssen funktionieren, das will ich gerne sehen.

Engels: Die Lösungen müssen funktionieren. – Kommen wir dann doch noch mal, auch wenn Sie auf die innere Sicherheit eben schon abgehoben haben und auf die Bekämpfung des Islamismus hier, auf Friedrich Merz zu sprechen. Er sagte ja gestern, man könne EU-rechtlich eine Notlage ausrufen und dann deutsches Recht vorschalten. Heißt: Grenzkontrollen einführen, verstärken an der Grenze, auch in andere EU-Staaten zurückweisen. Für Sie ein No Go?

Nouripour: Ich glaube, dass das nicht ernstgemeint war. Ich glaube, dass das einfach eine schnelle Reaktion ist auf immer lauter werdende Vorschläge. Die Union und die Unions-Fraktion müssen sich überlegen, ob sie Teil der Lösung sein wollen oder ob sie das Problem immer größer malen wollen. Die Leute wollen, dass das Land sicher ist. Die Leute wollen in Fußgängerzonen gehen können. Die Leute wollen auf Volksfeste gehen können, auf Straßenfeste gehen können, ohne dass sie gefährdet sind, und daran müssen wir miteinander arbeiten. Erst mal jetzt darüber zuhängen, wir haben eine massive Notlage, ich weiß nicht, ob das jetzt das Sicherheitsgefühl in diesem Land verbessert. Ich bin deshalb gerne bereit, mit allen, die es braucht, Gespräche zu führen, und wenn die Union konkrete Vorschläge hat, sehr gerne. Das ist eher ein Vorschlag in der Kategorie, wir haben jetzt irgendwelche Ideen gehabt, jetzt gibt es rechtliche Zweifel, jetzt suchen wir irgendeinen merkwürdigen Ausweg daraus. So funktioniert das nicht.

Engels: Wo muss denn nachgeschärft werden? Wenn wir zum Beispiel hören, dass die für Flüchtlinge zuständige NRW-Ministerin Paul von den Grünen nun die Dysfunktionalität des Dublin-Abschiebesystems wieder mal bemängelt, gleichzeitig aber auch in NRW unter Grünen-Verantwortung es nicht möglich war, den jetzt mutmaßlichen Täter von Solingen zumindest nach Bulgarien zurückzustellen, obwohl Bulgarien eigentlich zugestimmt hatte, was muss denn da sich ändern?

Nouripour: Ich glaube, dass es nichts bringt, wenn wir jetzt die ganze Zeit Blame Games darstellen. Trotzdem will ich darauf hinweisen, dass für Dublin-Verfahren das Bundesamt für Migration zuständig ist und nicht die Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Josefine Paul, die Sie gerade zitiert haben, hat ja völlig recht. Das Dublin-System funktioniert an vielen Stellen nicht. Deshalb hat der Bundeskanzler völlig zurecht darauf hingewiesen, das Entscheidende an dieser Stelle ist auch ein Stückchen die Bereitschaft der Länder, die aufnehmen müssen, und ich bin sehr dankbar, dass der Bundeskanzler gesagt hat, jetzt werden wir sehr schnell eine Task Force einsetzen, die sich mit der Frage befasst, wie wir das Dublin-System umsetzen, verbessern, und wie wir dahin kommen, dass die Leute auch rauskommen.

Ich will aber noch auf zwei Mängel hinweisen, die es auf der Strecke hat. Ja, wir müssen das schnellstmöglich machen. Gleichzeitig wird das ganze Dublin-System nächstes Jahr eh abgelöst durch die europäische Reform des Asylsystems und wir werden gleichzeitig auch die nationale Gesetzgebung so anpassen müssen, weil wir woanders hinkommen und hoffen, dass das nächste Jahr alles besser wird. Es gibt Gründe, warum das Dublin-System jetzt bald auch zu Ende geht.

Das zweite ist: Wenn wir über das Dublin-System reden, reden wir über Rückführungen innerhalb eines Raumes der Freizügigkeit. Das heißt: Wenn jemand wirklich wild entschlossen ist, einen Terroranschlag zu begehen, und wir schieben ihn nach Bulgarien ab, dann steigt er aus dem Flugzeug, steigt in ein Auto und ist ohne Grenzkontrollen wieder hier. Das ist deshalb eine Frage, über die man sich auch noch mal Gedanken machen muss. Da kommt in der Regel dann die Antwort, Grenzkontrollen. Ja, es braucht Grenzkontrollen. Wir sind der Meinung, dass es die mobil braucht im Hinterland und nicht stationär an den Grenzen. Das sagt auch die Gewerkschaft der Polizei, weil das endlos personal kostet.

Ich erwähne dieses Beispiel, weil da, wo das Personal vor allem der Bundespolizei an den Grenzen feststeckt, ist sie nicht mehr an Bahnhöfen unterwegs. Ich erzähle diese Geschichte, weil Personal bei der Polizei fehlt und man es einfach mal als komplexes Problem annehmen muss. Wir schieben die Leute nach Bulgarien ab, ohne dass wir darüber sprechen, wie wir Personalstamm bei der Polizei aufbauen. Das wird dem Problem nicht gerecht. Die Polizei braucht anderes Personal, anderes Material und andere rechtliche Möglichkeiten zu arbeiten.

Engels: Angekommen! – Der Kanzler zeigte sich gestern Nachmittag in Jena aber immerhin nicht abgeneigt, schärfere Regeln gegen irreguläre Migration mit der Union zu beschließen. Sorgen Sie sich, dass die SPD, angesichts des wachsenden Drucks, dann doch Grüne und FDP-Bedenken bei Seite wischt und gemeinsame Sache mit der Union macht?

Nouripour: Ich glaube, dass das selbstverständlich ist und sein sollte. Auch für uns gilt es, dass wir bereit sind zu jedem Gespräch. Aber mit der SPD und mit der FDP sind wir in sehr vielen Fragen einig, was Parolen sind und was nicht ernstgemeinte Lösungen sind, und ich

glaube, dass die Zeiten sehr ernst sind und die Leute von uns Antworten brauchen, die funktionieren. Dass man in einer Demokratie zuweilen in dieser Frage auch mal miteinander nicht die gleiche Meinung haben muss, ist selbstverständlich, aber wir haben alle dasselbe Ziel, nämlich das Land sicherer zu machen und den Modernisierungstau bei den Behörden, wie wir sie erlebt haben und die bei der Sicherheit sehr, sehr gefährlich sind – und deshalb kann man da nicht sparen -, jetzt auch auflösen.

Engels: Sie selbst haben von Übergangskoalition gesprochen. Da könnte es Sie andererseits nicht wundern, wenn auch die SPD vielleicht nach Alternativen in der Migrationspolitik Ausschau hält, bei Fragen, die sie mit den Grünen nicht durchsetzen kann.

Nouripour: Es geht überhaupt nicht darum, dass man jetzt die ganze Zeit einander missäugt und beäugt. Worauf ich hinaus wollte mit der Formulierung, die Sie gesagt haben, ist: Es gibt ein Vakuum nach der Zeit von Frau Merkel und wir haben als Koalition sehr viel Großartiges geleistet, auf das ich sehr stolz bin. Aber wir haben es im Streit zerredet. Deshalb haben wir dieses Vakuum nicht geschafft zu füllen und deshalb ist das jetzt ein Übergang. Die nächste Regierung wird das anders machen müssen und das ist keine Frage von Farben, sondern von der Arbeitsweise und vor allem von der Art und Weise, wie wir miteinander streiten. Deshalb eine Koalition für den Übergang.

Dass die SPD mit anderen Parteien redet, das ist in einer Demokratie selbstverständlich, und wir tun es auch. Demokratische Parteien müssen alle miteinander sprechen können und das vor Wahlen, mittendrin und auch danach. Das ist nicht nur eine Position der Grünen, dass man es nicht soll; das ist eher Markus Söder, der gerade ein bisschen merkwürdig unterwegs ist. Aber das ist Markus Söder, da gilt vieles immer nur vier, fünf Stunden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.